

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 03.12.2015**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal  
Marktplatz 2  
06100 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:35 Uhr bis 18:39 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Frau Ute Haupt	Ausschussvorsitzende
Frau Dr. Annegret Bergner	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Marcel Kieslich	Vertreterin; Teilnahme bis 17:49 Uhr
Herr Thomas Schied	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Eric Eigendorf	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Bernward Rothe	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Frau Melanie Ranft	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Frau Dr. Regina Schöps	Teilnahme bis 17:50 Uhr
Herr Manfred Czock	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Frau Satenik Roth	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Jan Röttschke	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Frau Susanne Willers	Sachkundiger Einwohner
Frau Annette Wunderlich	Sachkundige Einwohnerin

### **Verwaltung**

Herr Tobias Kogge	Beigeordneter für Bildung und Soziales
Herr Jörg Baus	Fachbereichsleiter Soziales
Frau Annerose Winter	Abteilungsleiterin FB Soziales
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Yvonne Merker	stellvertretende Protokollführerin
Frau Dr. Christine Gröger	Fachbereichsleiterin Gesundheit
Frau Dr. Uta Schwarzer	Abteilungsleiterin FB Gesundheit/Amtstierärztin

### **Gäste:**

Anja Gewandt	Jobcenter Halle (Saale)
Dorothea Elias	Labyrinth e. V.
Anna Maria Manser	SCHIRM-Projekt

### **Entschuldigt fehlten:**

Herr Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Dr. Tarek Ali	Sachkundiger Einwohner
Herr Norwin Dorn	Sachkundiger Einwohner
Frau Elisabeth Krausbeck	Sachkundige Einwohnerin
Frau Helga Schubert	Sachkundige Einwohnerin

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung wurde von **Frau Ute Haupt** eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Haupt** empfahl die Tagesordnungspunkte

- 7.1. Bericht des Jobcenters Halle (Saale)
- 7.2. Aktueller Sachstand Asyl / Flüchtlingssituation

vor den TOP 4 Beschlussvorlagen zu setzen.

**Frau Haupt** sprach an, dass die Tagesordnungspunkte

- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 15.10.2015
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 12.11.2015

vertagt wurden.

Auf Rückfragen zur Niederschrift vom 15.10.2015 erklärte Frau Haupt, dass hierzu ein Wortprotokoll verlangt worden ist und sich das dadurch hinaus gezögert hat.

**Herr Rothe** merkte an, dass Wortprotokolle nur angefertigt werden sollten, wenn der Ausschuss dies so festgelegt hat.

**Frau Haupt** erwiderte, dass das Wortprotokoll vom Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) verlangt wurde und ihm dieses Recht zusteht.

**Herr Rothe** erwiderte, dass das Wortprotokoll nicht von Ausschussmitgliedern verlangt worden ist und er dann der Genehmigung dieser Niederschrift nicht zustimmen wird.

**Herr Schachtschneider** verwies darauf, dass in der Geschäftsordnung steht, dass die Fraktionen Wortprotokolle verlangen können.

**Frau Haupt** wies nochmals darauf hin, dass das Wortprotokoll vom Oberbürgermeister angefordert worden ist.

**Herr Schachtschneider** drückte darüber seine Verwunderung aus und bat um eine rechtliche Prüfung.

**Herr Kogge** sprach an, dass er die Niederschrift ungern unterschrieben hat. Er begründete dies damit, dass es die Technik nicht hergibt, dass die Gesprächsführung immer komplett gehört werden kann, so dass zwischendurch dann Worte fehlen, die den Sinn des Satzes entstellen. Dafür kann die Protokollführerin nichts, sondern dies liegt an der Technik. Zur nächsten Sitzung wird die Niederschrift zur Genehmigung vorliegen.

**Herr Schachtschneider** wies darauf hin, dass ein Wortprotokoll wörtlich wiederzugeben ist, wie es gesagt wurde. Dies macht ein Wortprotokoll aus; es hat keine Interpretation zu erfolgen.

**Frau Haupt** nahm die Anregung auf, dass geprüft werden soll, ob der Oberbürgermeister als Nichtmitglied des Ausschusses ein Wortprotokoll eines Ausschusses verlangen kann.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung, so dass **Frau Haupt** um Abstimmung zur geänderten Tagesordnung bat.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgesetzt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 15.10.2015 **vertagt**
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 12.11.2015 **vertagt**
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Bericht des Jobcenters Halle (Saale)
- 7.2. Aktueller Sachstand Asyl / Flüchtlingssituation
- 7.3. Vorstellung Labyrinth e. V.
- 7.4. Vorstellung des S.C.H.I.R.M Projektes
- 7.5. Themenspeicher
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 8.1. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Betteln in der Stadt  
Vorlage: VI/2015/01418
- 8.2. Anfrage Frau Ranft zur Suchtberatung
- 8.3. Anfrage Frau Ranft zur PSAG-Berichterstattung
9. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

#### **zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 15.10.2015**

---

Die Genehmigung der Niederschrift vom 15.10.2015 wurde vertagt.

#### **zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 12.11.2015**

---

Die Genehmigung der Niederschrift vom 12.11.2015 wurde vertagt.

### **zu 7.1 Bericht des Jobcenters Halle (Saale)**

---

**Frau Gewandt** stellte den monatlichen Bericht des Jobcenters Halle (Saale) vor.

*Die Unterlagen sind in Session hinterlegt.*

**Frau Gewandt** äußerte sich zur Statistik im Bereich Bildung und Teilhabe. Es gibt 353 Anträge weniger als im Vormonat. Die Bewilligungen sind deutlich gestiegen und die Ablehnungen gesunken.

Sie sprach an, dass die Lernförderung, insbesondere im Grundschulbereich, erreicht werden soll. Die Kinder sollen dort gestärkt werden, auch um entsprechende Schullaufbahnen in Anspruch nehmen zu können. Im Vorjahr waren es insgesamt 748 Bewilligungen und der Stand im November 2015 liegt bei 948 Bewilligungen. Die Arbeitsgruppe hierzu funktioniert sehr gut, sie sprach ihren Dank für die gute Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Soziales aus.

Die Maßnahmen in dem Bereich BuT sind jetzt unter den Anspruchsberechtigten sehr gut bekannt.

**Frau Gewandt** ging auf die Arbeitsmarktzahlen ein. Sie verwies darauf, dass am 21.12. die Zahlen von November erscheinen werden. Die Auswertung ist also immer 1 Monat nach dem jeweiligen Monat. Sie bat die Ausschussmitglieder darum, sich bis zum Ausschuss im Januar zu überlegen, welche Unterlagen von der Agentur für Arbeit Halle (Saale) oder vom Jobcenter) als Grundlage für die Sitzungen immer vorgelegt werden sollen.

Zu der später zu behandelnden Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Betteln in der Stadt möchte sie vorab bereits auf die zweite Anfrage eingehen.

Hier war die Frage, was unternommen wird, um die vom Betteln betroffene Person in die Arbeitswelt und die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Sie antwortete, dass sie nur pauschal darauf antworten kann, da es hier nicht um konkrete Personen geht. Wenn diese Person in den zuständigen Rechtskreis des Jobcenters fällt, kann der entsprechende Antrag gestellt werden. Sollte die Person unter das SGB II fallen, erhalten diese Integrationsmaßnahmen mit einer entsprechenden Integrationsfachkraft. Ausschlaggebend

ist ein Leistungsanspruch gegenüber dem Jobcenter; ist dieser nicht gegeben, bleibt allein ein Beratungsangebot zu einer Integrationsmöglichkeit über die Agentur für Arbeit.

**Frau Haupt** dankte für die Ausführungen.

**Herr Schachtschneider** fragte zur Maßnahme bei der Mittagsversorgung im BuT-Bereich nach.

Es waren knapp 200 Ablehnungen, wie kommen diese zustande?

**Frau Gewandt** antwortete, dass es sich hierbei um Eltern handelt, die nicht bereit sind, den symbolischen einen Euro dafür zu zahlen. Sie verwies darauf, dass dies nicht heißt, dass die 200 sich auf 200 verschiedene Kinder bezieht. Es kann auch mehrfach ein Kind betreffen.

**Herr Schachtschneider** fragte nach, wie viele Kinder dies dann tatsächlich betrifft.

**Frau Gewandt** sagte diese Beantwortung für Januar zu.

**Herr Kieslich** fragte zu den Menschen mit Behinderungen nach. Laut dem Bundestrend gibt es eine Zunahme bei den Beschäftigten. Wie ist die Situation in der Stadt Halle (Saale) hierzu?

**Frau Gewandt** sagte zu, im Januar eine Beantwortung dazu vorzulegen.

**Frau Dr. Schöps** stellte zu BuT, Schülerbeförderung die Frage, wie diese Zahlen zu verstehen sind. Was wird unter „Eingängen“ verstanden?

**Frau Gewandt** antwortete, dass die Zahlen im Bereich der Schülerbeförderung sehr gering sind, weil es in der Stadt Halle (Saale) eine Satzung zur Schülerbeförderung gibt. Im Oktober lagen 13 Anträge vor. Es kann durchaus sein, dass noch vom Bereich Schule etwas abgefordert wird, was dem Jobcenter noch nicht vorliegt. Durch das Team Bildung und Teilhabe sollen Anträge innerhalb von 14 Tagen beschieden werden, wenn alle Unterlagen dazu vorliegen.

**Frau Dr. Schöps** fragte zu den Eingängen von 2014 nach. Wieso erfolgte hier noch keine Bearbeitung. Ihr fehlt hier der Zusammenhang der Zahlen.

**Frau Gewandt** sagte hier ebenfalls eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Czock** fragte zu den Eckwerten des Arbeitsmarktes, Punkt 1.2 für die 55- jährigen und Ältere nach. Diese Zahl geht stetig nach oben. Hat die Rente ab 63 Jahre keine Auswirkung hier darauf?

**Frau Gewandt** sagte zu, die Beantwortung im Januar vorzulegen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

#### **zu 4      Beschlussvorlagen**

---

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

## **zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

## **zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

## **zu 7 Mitteilungen**

---

### **zu 7.1 Bericht des Jobcenters Halle (Saale)**

---

Der Bericht des Jobcenters wurde bereits am Anfang der Sitzung behandelt.

### **zu 7.2 Aktueller Sachstand Asyl / Flüchtlingssituation**

---

**Herr Paulsen** teilte mit, dass die Umbaumaßnahmen an der Bundesaufnahmestelle Riebeckplatz fast abgeschlossen sind. Dort sollten die Aufnahme- und Untersuchungsräume hergerichtet werden. Dies ist fast abgeschlossen. In den nächsten Tagen wird das Röntgengerät geliefert, da muss dann noch die Abnahme durch den TÜV erfolgen. Dann können dort die Erstuntersuchungen stattfinden, die momentan noch im Krankenhaus St. Elisabeth durchgeführt werden. Dann ist diese Stelle voll arbeitsfähig.

Zu den Zuweisungen für die Stadt Halle (Saale) gibt es nichts Neues. Es gibt keine steigenden Zahlen. Für Dezember sind 700 Zuweisungen – analog November – vorausgesagt worden.

Hinsichtlich des Umzugs in privaten Wohnraum konnte von privaten Anbietern eine größere Anzahl von Wohnungen erhalten werden, die für Flüchtlinge zur Verfügung stehen. Die Gespräche mit den städtischen Wohnungsgesellschaften laufen hinsichtlich der Kontingenterhöhung auch. Die Zuweisung von privatem Wohnraum bestimmt die Anzahl der Umzüge. Im Dezember sollen pro Woche immer 100 Personen in dezentralen Wohnraum untergebracht werden. Die zweite Runde der Besetzungsverfahren läuft, um die Ziele zu erreichen. Es wird von einem stabilen Niveau ausgegangen.

**Herr Kogge** sprach an, dass man sich große Mühe gibt, dass alles läuft. Die Mitarbeiter tun alles, was man tun kann. Es hat auch alles seine Nebenwirkungen. Wenn später die Erhebung für Wohnraum für die gesamten Transfereinkommen gemacht wird, wird es sicher keinen Wohnraum für 5,25 Euro oder 5,50 Euro mehr geben. Der Leerstand wird weniger.

**Herr Schachtschneider** fragte nach der Anzahl der Flüchtlinge bzw. Asylbewerber, da ihm hier unterschiedliche Zahlen vorliegen. Die Zahlen des Landes Sachsen-Anhalt liegen bei 2.062 mit Stand 01.12.2015. Im letzten Stadtrat hat der Oberbürgermeister 4.553 genannt. Herr Paulsen hat mit Stand 02.12.2015 die Zahl von 2.968 Personen benannt, die die Stadt

Halle (Saale) zugewiesen bekommen hat. Bei einer Nachfrage beim Land wurde ihm mitgeteilt, dass die Zahl nicht so genau benannt werden kann, sondern man sich auf eine Zählvariante geeinigt hat.

Wie viele Personen haben wir wirklich als Kommune?

**Herr Paulsen** antwortete, dass zum Stand vom 02.12.2015 mit 2.968 Personen jetzt noch 170 Personen hinzugezählt werden müssen, die diese Woche dazu gekommen sind. Das sind ca. 3.150 Personen; dazu kommen 426 geduldete und 401 Personen mit humanitärem Aufenthalt. Dazu kommen 71 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Diese Personen wurden der Stadt Halle (Saale) zugewiesen.

**Herr Schachtschneider** vergewisserte sich, dass diese Zahlen ohne die Personen im MARITIM, der Jugendherberge oder dem Sportinternat sind.

**Herr Paulsen** bejahte dies.

**Herr Schachtschneider** sprach an, dass dies nicht mit den Zahlen des Landes übereinstimmt; die Stadt Halle (Saale) weist 1000 Flüchtlinge mehr aus, als das Land angegeben hat. Er verwies auf den Hintergrund seiner Anfrage. Die Stadt Halle (Saale) erhält eine Pauschale pro Flüchtling und bei dem Zahlenunterschied von 1000 Flüchtlingen macht das eine ganze Menge aus.

**Herr Paulsen** erwiderte, dass die Personenzahl aufgezeigt werden kann, die in der Stadt Halle (Saale) sind. Ihm ist nicht bekannt, wie die Zählung beim Land erfolgt.

**Herr Kogge** sprach an, dass das Land Sachsen-Anhalt die Zahlen benennt, was es an Flüchtlingen im Jahr zugewiesen hat. Dies sagt nicht aus, wie viele Flüchtlinge tatsächlich in der Stadt sind. Eventuell sind die vorab bereits geduldeten Flüchtlinge nicht mit enthalten.

**Herr Paulsen** sprach an, dass es gerade im Landtag eine Anfrage zu den aktuellen Zuweisungszahlen in den kreisfreien Städte und Kreisen gibt. Da wurden für die Stadt Halle (Saale) 1.400 Personen mit Stand August angegeben. Wenn für September 400, Oktober 500 und November 700 Flüchtlinge dazu gerechnet werden, kommt man auf ca. 3000 Flüchtlinge. Dies entspricht der Größenordnung, die die Stadt Halle (Saale) auch als Zahl erfasst hat. Wenn die finanziellen Zuweisungen an die Stadt Halle (Saale) kommen, wird dies abgeglichen.

**Herr Schachtschneider** sprach an, dass die Flüchtlinge oftmals in den Wohnungen nicht gleich klarkommen, also bräuchte man hier eine Betreuung. Die Frage ist dabei der Betreuungsschlüssel. Auf wie viele Flüchtlinge kommt ein Sozialarbeiter und wie viel Zeit hat dieser für den Einzelfall. Ihm ist bekannt, dass es Probleme mit der Einhaltung von Hausordnungen oder Verhaltensweise etc. gibt. Dies kann so vielsprachig nicht hin bekommen werden. Das müsste durch einen Sozialbetreuer geleistet werden. Deswegen ist für ihn die Frage, ob es tatsächlich so gut ist, die Flüchtlinge so schnell wie möglich in Wohnungen unterzubringen oder ob ein längeres Verbleiben in einer Gemeinschaftsunterkunft für diese Menschen nicht günstiger wäre.

**Herr Paulsen** wies darauf hin, dass die Flüchtlinge in die Gesellschaft integriert werden sollen und das heißt auch, dass sie ihren eigenen Wohnraum haben sollen. So erhalten sie auch besseren deutschsprachigen Kontakt zu Nachbarn, als wenn sie längere Zeit in einer Gemeinschaftsunterkunft verbleiben. Es gibt grundsätzlich kein Verhaltens- oder kulturelles Problem mit den Flüchtlingen. Es mag Fälle geben, wo das Wohnen in einer eigenen Wohnung nicht reibungslos funktioniert. An diesen Stellen wird geschaut, wie Unterstützung gegeben werden kann.



**Frau Haupt** sprach an, dass eine dezentrale Unterbringung gewollt ist, damit eine schnellere Integration erfolgen kann. Den Hinweis von Herrn Schachtschneider zu einer Betreuung dieser Menschen unterstützt sie.

**Herr Baus** wies darauf hin, dass es momentan keine Alternative gibt. Die Stadt Halle (Saale) ist den Wohnungsgesellschaften sehr dankbar, dass sie schnell und unkompliziert geeigneten Wohnraum zur Verfügung stellen.

**Frau Ranft** sprach an, dass sich oftmals auch formale Vorgänge ändern. Es ist noch nicht allen Schulleitern klar, dass sich das Anmeldeverfahren für die Kinder geändert hat. Sie bat darum, dass die Stadtverwaltung bei Treffen mit dem Schulamt nochmal darauf hinweist, dass dies an alle Schulleiter und deren Mitarbeiter durchgestellt wird.

**Herr Kogge** sprach an, dass Frau Brederlow dazu ein Schreiben an die Schulleiter gemacht hat, was zwischenzeitlich schon auf dem Weg sein müsste.

**Herr Schachtschneider** sprach an, dass ihm unverständlich ist, wieso es keine andere Möglichkeit geben sollte, da es noch die Wolfgang-Borchert-Straße und das sogenannte Europahaus an der Magistrale gibt bzw. sind schon die nächsten Gemeinschaftsunterkünfte angedacht. Er fragte, ob die Platzkapazität in den Gemeinschaftsunterkünften wirklich erschöpft ist.

**Herr Paulsen** erwiderte, dass die zehn Gemeinschaftsunterkünfte (GU), die der Stadtrat beschlossen hat, mit einer vollen Kapazität von 1.800 Plätzen laufen. Durch Auszüge in Wohnungen werden die Plätze nicht frei, sondern umgehend durch Neuankünfte von Flüchtlingen wieder belegt. Es gibt keine andere Wahl, als in dem Umfang wieder für Auszüge aus den GU zu sorgen. Es muss von ca. 700 Personen pro Monat ausgegangen werden, die in der Stadt Halle (Saale) ankommen.

**Herr Kogge** sprach an, dass Grundsatzentscheidungen getroffen worden sind. Die Frage ist, was gewollt ist. Es wurden Gemeinschaftsunterkünfte aufgemacht und dann kommen diese Personen in Wohnungen. Eine zu lange Betreuung in den GU würde nicht mehr zu einer Selbständigkeit und Akzeptanz dieser Personen führen.

**Herr Schachtschneider** sprach die Situation zur GU in der Ingolstädter Straße an. Dort befindet sich auch die Sprachheilschule. Es kommen erste Proteste von Eltern, welche Ängste haben. Die Kinder dort haben viele Defizite. Eltern haben sich bereits geäußert, ihre Kinder aus dieser Schule nehmen zu wollen. Wurde an dieser Stelle das Gespräch auch mit Elternvertretern gesucht?

**Herr Paulsen** sprach an, dass dort, wo GU eingerichtet worden sind, oftmals Gerüchte im Vorfeld kursierten. U. a. dass man Ängste um seine Kinder haben müsse, wenn die Flüchtlingskinder mit in die Schule gehen etc. Er findet diese Gerüchte haarsträubend und warnte davor, so etwas weiter zu verbreiten. Es gibt keinen Anlass für Eltern, sein Kind von der Schule zu nehmen, weil eine GU in der Nähe ist oder Flüchtlingskinder auch in diese Schule gehen.

Bei allen neuen GU, die eingerichtet wurden, gab es Anwohnerversammlungen, die auch teilweise intensiv waren. Explizit in der Ingolstädter Straße gab es kaum Interesse an dieser Veranstaltung. Die Besucher waren weniger kritisch, sondern eher interessiert, wie sie unterstützen können. Im Umfeld der GU in der Ingolstädter Straße, die eine Übergangslösung darstellt, ist es ruhig. Es gibt dort keine Probleme und keine Bürger, die sich negativ geäußert haben.

**Herr Kogge** sprach an, dass ihm ein Schreiben eines Elternvertreters aus dieser Schule vorliegt, der auch nicht aus der Stadt Halle (Saale) kommt.

Er unterstützte die Aussage von Herrn Paulsen, dass es nicht hingenommen werden kann, dass Kinder aus ihrer Schule genommen werden sollen, weil dort Flüchtlinge in der Nähe wohnen oder diese auch die Schule besuchen.

**Frau Ranft** sprach an, dass es das Berufsvorbereitende Jahr an den Berufsschulen geben soll. Sie bat um eine Aussage, ob es dazu eine Prognose gibt, wie viele Berufsschüler in die schulische und in die duale Ausbildung in den nächsten zwei bis fünf Jahren kommen werden. Inwieweit ist dann das erstellte Raumkonzept noch zutreffend? Sie bezieht sich auf die Flüchtlinge, wenn die BBS III geschlossen werden soll.

Weitergehend fragte **Frau Ranft** zu den angekündigten Förderprogrammen für Flüchtlinge an; inwieweit Schulen, die sehr viele Flüchtlingskinder aufnehmen, auch davon profitieren können.

**Herr Paulsen** antwortete, dass versucht wird, an vielen Stellen Prognosen zu machen. Momentan ist dies hierzu schlecht möglich. Es kann nicht abgeleitet werden, wer in zwei bis fünf Jahren auf einer Hochschule landen wird. Es muss vom jetzigen Stand ausgegangen werden, so wie das auch zum Raumkonzept erfolgt ist. In einigen Jahren muss entschieden werden, was da passiert und ob etwas Anderes benötigt wird.

**Herr Kogge** ergänzte, dass es gegenwärtig drei Schüler gibt, die in Sprachkursen in den Berufsschulen sind. Das ist eine überschaubare Zahl. Das Landesschulamt geht von ca. 15 bis 20 Personen, verteilt auf die Berufsschulen, aus. Wenn wirklich für die Integration der Kinder etwas gemacht werden soll, muss an den Grundschulen angefangen werden. Dort bestehen die meisten Chancen, etwas zu machen, damit eine Gesamtqualifikation erreicht werden kann. Im Schulnetzplan wurden jetzt klare Zahlen vorgelegt.

**Herr Rothe** erklärte, dass er mit Blick auf die demografische Entwicklung eine Migrationsfreundlichkeit für angebracht hält. Perspektivisch werden wir an Wirtschaftskraft verlieren, weil es an Nachwuchskräften fehlt. Bei der Unterbringung der Flüchtlinge sollte auf die unterschiedlichen Interessen geachtet werden.

**Frau Haupt** fragte im Auftrag von Herrn Dorn, der heute nicht teilnehmen kann, an. Dieser möchte gern wissen, wie viele ältere Bürger in der Stadt Halle (Saale) sind, da er auch die Thematik Flüchtlinge/ältere Zuwanderer für den Seniorenrat aufbereiten und in die Arbeit mit einbeziehen möchte. Sie bat um Aufnahme dieser Anfrage und Beantwortung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

### zu 7.3      Vorstellung Labyrinth e. V.

---

**Frau Haupt** begrüßte Frau Dorothea Elias vom Labyrinth e. V.

**Frau Elias** stellte den Verein mit dessen Aufgaben und Zielstellungen für psychisch kranke Menschen vor. Sie wies darauf hin, dass das gesellschaftliche Stigmata gegenüber dieser Erkrankung abgebaut werden muss, damit diese Menschen nicht in die Isolation abgedrängt werden. In Notfällen muss eine Krisenintervention erfolgen.

**Frau Elias** sprach an, dass das Kontaktcafe vier Tage in der Woche, auch an Feiertagen, geöffnet ist. Aktuell wurden 2,1 Personalstellen auf vier Mitarbeiter aufgeteilt.

Es soll eine Kontinuität und Verlässlichkeit in der Finanzierung der Begegnungsstätte und der Angebotsstruktur erreicht werden.

Seit Oktober wird ein Angebot auch für Flüchtlinge mit psychischen Problemen unterbreitet.

Die Besucher können nach Bedarf die Einrichtung kostenfrei nutzen; jeder Besucher hat das Recht auf Anonymität, es erfolgt keine Datenerfassung.

Sie ging auf die Angebote des Vereins ein. Schwerpunkt der Arbeit stellt die Gruppenarbeit dar. Sie verwies auf die gute Vernetzung mit den entsprechenden Einrichtungen und auch die kontinuierliche Zusammenarbeit mit den landkreisübergreifenden Einrichtungen hin.

**Herr Rose** und **Herr Kraus** stellten sich als Besucher des Vereins vor und sprachen an, wie wichtig diese Besuche in dem Verein für sie sind und welche Kurse sie dort besuchen bzw. ehrenamtlich selbst unterstützen.

**Frau Haupt** sprach an, dass sie den Verein auch schon besucht hat und sprach ihre Wertschätzung gegenüber dieser Arbeit aus.

**Herr Czock** fragte, ob sich an der Finanzierung nur die AOK beteiligt. Gab es hier Anstrengungen auch mit anderen Krankenkassen, dass diese sich daran beteiligen?

**Frau Elias** antwortete, dass es Kontakte zu der BARMER gab, diese Anstrengungen sind aber gescheitert.

**Frau Dr. Schöps** wollte wissen, wie groß der Personenkreis in den Begegnungsstätten ist.

**Frau Elias** antwortete, dass ca. 120 Stammbesucher da sind. Im Cafe schwankt es und liegt durchschnittlich bei 30 Besuchern.

**Frau Haupt** dankte für die Ausführungen.

#### zu 7.4      **Vorstellung des S.C.H.I.R.M Projektes**

---

**Frau Manser** stellte sich als Einrichtungsleiterin des SCHIRM-Projektes vor. Sie verteilte Unterlagen und einen Weihnachtsbrief an die Mitglieder des Ausschusses.

**Frau Manser** erläuterte, dass das SCHIRM-Projekt eine Anlaufstelle für sozial benachteiligte Menschen bis 27 Jahre ist. Häufig haben diese keine Schulbildung; 40% der Nutzer haben eine abgebrochene Schullaufbahn und keine Beziehung mehr zum Elternhaus oder anderen Verwandten. Diese Anlaufstelle hat täglich geöffnet und die Nutzer sollen sich dort mit 0,50 Cent beteiligen.

Da viele Besucher Kinder haben, wurde gleichfalls auch die Familienhilfe im Projekt mit angeboten. Schwerpunkt sind drogenkonsumierende Eltern; da wurde ein Heft entwickelt und Fortbildungen zu diesem Thema angeboten. Es wird ambulant mit diesen Eltern gearbeitet.

Die 20 Jahre SCHIRM-Projekt haben Erfahrungen hinterlassen, die in Büchern nicht nachlesbar sind.

Die Besucher können in der Anlaufstelle duschen, ihre Wäsche waschen oder die Kleiderkammer nutzen.

Im Haus ist das Fun-Projekt; das ist ein Sportprojekt, was gut angenommen wird. Es gibt drei Mitarbeiter in der Schulsozialarbeit und es gibt eine Kinderschutzstelle, die sich aus dem Bedarf heraus entwickelt hat. Es gibt acht Plätze für Kinder von 0 bis 8 Jahre.

In der Landsberger Straße ist der Bürgertreff. Dort ist auch die Comeniuschule, das ist eine Förderschule. Von dort kommen viele Kinder am Nachmittag in den Bürgertreff; viele einfach nur zum Essen, weil sie ab früh nichts mehr gegessen haben. In dem Bürgertreff ist ein Mitarbeiter, der thematisch allein dort nichts anbieten kann.

**Frau Manser** machte an einem Beispiel deutlich, welche Hilfen einem jungen Paar mit Baby angeboten worden sind.

Sie sprach an, dass an einem Abend die Anlaufstelle auch für Flüchtlingsfamilien geöffnet ist. Sie machte deutlich, dass diese geöffnet ist, wenn auch die anderen Besucher da sind, auch wenn dies eine große Herausforderung darstellt. Da sind zwei Klientengruppen, die aufeinander treffen und im Normalfall so nicht zusammen gekommen wären. Es ist eine Begegnung, die nicht immer einfach ist. Die Konflikte sind normaler Art: das es zu voll ist, das Essen weggegessen wird etc. Es hat nichts damit zu tun, dass es andere Menschen sind. Es wird versucht, sich diesen Situationen zu stellen.

Es wurde festgestellt, dass die Droge Crystal ein „Teufelszeug“ ist, was den Menschen verändert und psychotische Zustände auslöst. Durch das SCHIRM-Projekt wurde ein Leitfaden für andere Träger herausgegeben, die mit drogenabhängigen Eltern mit Kind arbeiten. Es soll erreicht werden, dass diese Eltern regelmäßig getestet werden und mit den vorgegebenen Standards arbeiten. Wenn die Eltern dies nicht machen wollen, werden diese Fälle als ambulante Hilfe abgelehnt. Die Eltern müssen verantwortungsvoll und lernfähig sein und intellektuell erfassen, was von ihnen gewollt wird.

**Herr Schachtschneider** drückte seine Bewunderung für die Arbeit des SCHIRM-Projektes aus. Er fragte, ob die Schulsozialarbeit an der Grundschule Ulrich von Hutten wieder läuft.

**Frau Manser** antwortete, dass überall verkündet wurde, dass dies durch den Stadtrat beschlossen wurde und der Oberbürgermeister dem auch zugestimmt hat. Sie wird ab 01.01.2016 die Stelle wieder besetzen. Mit der gleichen Person wird dies nicht wieder besetzt, aber es wurde eine gut geeignete Person für diese Stelle gefunden, die das dann macht.

**Herr Schachtschneider** fragte, wie die Arbeit mit den Flüchtlingen läuft; ist dies eine Anlaufstelle, ein Treffpunkt oder was erfolgt dort?

**Frau Manser** antwortete, dass auf diesem Gebiet alle neu sind und sich vorsichtig herantasten. Das SCHIRM-Projekt als Jugendhilfeträger versucht, auch dieses Klientel zu halten. Sie haben eine persische und eine arabische Übersetzerin, die viel mehr abfedern als die Sozialpädagogen. Bei offenen Fragen der Flüchtlinge wird versucht, die Antwort bis zum nächsten Treff einzuholen. Es werden Paten vermittelt; dies ist sehr schwierig.

Die Kleiderkammer ist bei diesen auch sehr beliebt. Es wird kein Unterschied zu den deutschen Jugendlichen gemacht; alle dürfen gleich viel mitnehmen.

**Frau Manser** sprach an, dass sie eine Wohngruppe für sechs bis acht syrische minderjährige Flüchtlinge aufmachen möchte. Sie hofft, dass dies im Januar 2016 möglich sein wird.

Für die Flüchtlinge, die hier bleiben werden, wird Deutschunterricht angeboten. Sie hat da eine Schuldirektorin, die das nach Feierabend anbietet.

**Frau Roth** fragte, wie man die Flüchtlingsfamilien und die orientalischen Familien zusammen bekommt.

**Frau Manser** antwortete, dass die Familien, die das betrifft, nicht in der Anlaufstelle sind. Da hat sie Mitarbeiter, die in die Haushalte dieser Familien gehen. In die Anlaufstelle kommen nur Jugendliche hin, das klappt so besser. Mit diesen Familien wird mal gebacken oder gekocht und das zu Hause.

**Herr Kogge** sprach an, dass die Zusammenarbeit öffentlicher Träger und freier Träger im Zusammenhang der Arbeit mit jungen Müttern mit Säuglingen, die besonders gefährdet sind, wenn sie nicht systematisch betreut werden, sehr gut läuft. Oftmals war dies nicht nur der Arbeit der Sozialpädagogen geschuldet, sondern auch an dem schnellen Einsatz der Feuerwehr oder dem Mitdenken anderer Menschen. Es ist auch immer die Frage, was wann passiert, manchmal kommt man auch zu spät. Es hat nicht immer in der Arbeit alles ein Happyend.

**Frau Manser** erwiderte, dass sie das auch nicht so verstanden wissen wollte. 50% der Kinder werden in Inobhutnahme genommen und fremd untergebracht.

**Frau Haupt** dankte für die Ausführungen und wünschte Frau Manser weiterhin viel Erfolg mit ihrem Team.

## zu 7.5 Themenspeicher

---

**Frau Haupt** teilte mit, dass der Themenspeicher für 2016 um folgende Themen angereichert werden soll:

- Ehrenamt ohne Barrieren im Februar
- Suchtberatungsstellen
- Fördermittelvergabe
- Frauenschutzhaus

Dann wurden einige Anfragen aus dem Stadtrat verwiesen, die hier behandelt werden müssen.

**Frau Haupt teilte mit, dass Dr. Gröger** angeregt hat, dass Herr Dr. Liedtke zum Thema Asyl/Flüchtlinge aus Situation des Krankenhauses St. Elisabeth eingeladen wird. Er hat sich hierzu bereits im Hauptausschuss geäußert. Dies könnte für Januar in Angriff genommen werden.

**Frau Haupt** bat um weitere Themenanregungen in den nächsten Sitzungen.

**Frau Haupt** wies auf die offenen Themen:

- Sozialplanung im Sinne § 20 Familienberatungsstellenförderungsgesetz LSA und
- Sozialticket

hin, zu denen es noch keine Terminierung gab. Zu letzterem gab es eine Information, wird aber weiterhin Thema bleiben.

**Frau Dr. Schöps** wies darauf hin, dass für Januar noch die Beantwortung zu ihrer Anfrage offen ist, die bereits Thema war.

## **zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

### **zu 8.1 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Betteln in der Stadt Vorlage: VI/2015/01418**

---

**Frau Dr. Schöps** sprach an, dass sich die Anfrage nicht an das Jobcenter gerichtet hat und dort auch im zweiten Teil nicht die vorrangige Verantwortung gesehen wurde. Vorhin wurde vom Jobcenter dazu bereits mündlich geantwortet.

Sie bat um eine schriftliche Beantwortung ihrer Anfrage durch die Verwaltung.

**Frau Dr. Schöps** machte deutlich, dass das Betteln in der Stadt Halle (Saale) sichtbar ist. Die Frage geht in die Richtung, ob die Verwaltung auf das Betteln reagieren will und in welcher Form.

**Frau Haupt** wies darauf hin, dass diese Problematik unter das Ordnungsrecht fällt und dort im Ausschuss angebracht wäre. Sie bat die Verwaltung um Beantwortung.

**Herr Kogge** wies darauf hin, dass es solche Anfragen in den letzten Jahren immer wieder gab. Dies fällt in den Fachbereich Sicherheit. Gegen aggressives Betteln kann ordnungsrechtlich eingeschritten werden, ansonsten nicht. Die Frage ist, ob die bettelnden Personen betteln müssen. Einige davon haben normale sozialrechtliche Bezüge und müssten dies nicht tun. Zu gewissen Gruppen und Kulturen gehört Betteln dazu.

**Frau Haupt** sprach abschließend an, dass die Beantwortung bis Januar vorgelegt wird und ggf. ein Vertreter aus dem Ordnungsbereich dazu eingeladen wird.

### **zu 8.2 Anfrage Frau Ranft zur Suchtberatung**

---

**Frau Ranft** fragte zur Suchtberatung an. Sie hatte zur Suchtpräventionskraft im Oktober nachgefragt und im November hatte Frau Dr. Gröger informiert, dass die Stadtmission noch keinen Antrag dafür beim Land gestellt hat. Die Gründe waren nicht bekannt.

Die Träger der drei Suchtberatungsstellen haben der Fraktion ein Protokoll zugesendet, aus dem hervorgeht, dass die Stadtmission die Suchtpräventionsstelle beantragen und sie gleichzeitig gegenfinanzieren soll, indem eine halbe Beratungsstelle von der Stadtmission weggeht und dann für die Suchtprävention genommen werden soll. Darüber wurde hier im Ausschuss nicht geredet, dass das Vorgehen so ist. Es wurde immer gesagt, dass die Beratungsleistung nicht reduziert wird und dass die Suchtprävention zusätzlich ist und nicht von der Beratung abgeht. Wenn der Träger aus diesen Gründen keinen Antrag auf eine Suchtpräventionskraft stellt, ist das durchaus verständlich.

**Frau Ranft** drückte ihr Unverständnis darüber aus, dass hierzu nicht informiert worden ist und der damals gefasste Beschluss nicht umgesetzt wird. Dazu möchte sie eine Erklärung.

**Herr Baus** sprach an, dass die Diskussion dazu geführt werden sollte, wenn Frau Dr. Gröger da ist. Er informierte, dass er mitbekommen habe, dass zum damaligen Zeitpunkt der Auskunft von Frau Dr. Gröger der Stand so war. Am letzten Tag der Möglichkeit zur Antragstellung wurde dann der Antrag von der Stadtmission gestellt.

**Frau Ranft** stellte fest, dass also demzufolge, da der Antrag gestellt worden ist, eine halbe Stelle an Suchtberatung in der Stadt Halle (Saale) weniger da ist.

**Herr Kogge** sprach an, dass das Land mitgeteilt hatte, dass diese eine halbe Stelle finanzieren. Die Stadt hat damals festgestellt, dass zum damaligen Zeitpunkt ein Rückgang der Zahlen im Beratungsstellenbereich der Stadtmission war, insbesondere im April 2015. Daraufhin hat die Stadt gesagt, dass sie nicht Beratungsstellen streicht, sondern den Anteil der Person, die keine Beratung macht, da keine Fälle dafür da waren.

Warum die Stadtmission so spät die Stelle beantragt hat, entzieht sich seiner Kenntnis. Die Stadtverwaltung hat mit den Suchtberatungsstellen zusammen gesessen und dort wurde gesagt, dass die Stadtmission den Antrag stellen will.

### **zu 8.3      Anfrage Frau Ranft zur PSAG-Berichterstattung**

---

**Frau Ranft** fragte zu den Stellungnahmen der Suchtberatungsstellen zum Suchtbericht nach. Herr Kogge hatte sich im Stadtrat geäußert, dass diese Stellungnahmen dem PSAG-Bericht anhängen. Dies wurde bisher noch nicht gefunden. Wenn es die Stellungnahme gibt, möchte sie, dass diese den Fraktionen zugesendet wird.

**Herr Kogge** bat darum, dass die Protokolle und Schreiben der Geschäftsführer der Suchtberatungsstellen mit angehängt werden. Es gab damals die Aussage, dass die Beratungsstellenmitarbeiter nicht beteiligt wurden, dabei waren die Geschäftsführer bei den Gesprächen mit der Verwaltung anwesend.

**Frau Ranft** sprach an, dass es in den Stellungnahmen der Beratungsstellen darum geht, dass in dem Suchtbericht Fehler, unabhängig vom Träger, enthalten sind. Es hat sich niemand getraut, den Suchtbericht nochmal umzuschreiben. Deswegen wurde als Kompromiss vorgeschlagen, diese Stellungnahmen anzuhängen.

### **zu 8.4      Anfrage Herr Kieslich zur Verfahrensweise Wohngeldanträge**

---

**Herr Kieslich** fragte zur Verfahrensweise bei den Wohngeldanträgen bzw. deren Weiterbewilligung nach. Gibt es Überlegungen der Verwaltung, diese Fülle an Fragen bei der Weiterbewilligung zu verschlanken. Es muss alles komplett wieder ausgefüllt werden; ist das tatsächlich notwendig?

**Herr Baus** wies darauf hin, dass die Stadt Halle (Saale) an die Vorgaben vom Bund und vom Land gebunden ist. Er bat um die Benennung des konkreten Falls an ihn, dann würde er sich das nochmal anschauen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**zu 9      Anregungen**

---

**Herr Schachtschneider** regte an, dass der Elternvertreter aus der Sprachheilschule in der Ingolstädter Straße eine Information erhält. Er kann darauf hingewiesen werden, dass es sich um eine Übergangslösung dort handelt und demzufolge nur vorübergehend sein wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Haupt** verabschiedete Herrn Kogge.

**Frau Haupt** beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

---

Ute Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Yvonne Merker  
stellvertretende Protokollführerin